

Anlage 1 Erklärung zum Restschuldbefreiungsantrag

Ich erkläre

a) dass ich einen Antrag auf Restschuldbefreiung

- bisher nicht gestellt habe. (Punkt b), c) sind nicht auszufüllen.)
- bereits gestellt habe am

(Datum, Az., Gericht – Punkt b) ist auszufüllen.)

b) dass mir Restschuldbefreiung

- erteilt wurde

(Datum, Az., Gericht – Punkt c) ist nicht auszufüllen.)

- versagt wurde am

(Datum, Az., Gericht – Punkt c) ist auszufüllen.)

c) dass die Versagung der Restschuldbefreiung erfolgte auf Grund

- rechtskräftiger Verurteilung in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist wegen einer Insolvenzstraftat zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten (§ 297 InsO).
- vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Auskunftspflicht und Mitwirkungspflichten nach der Insolvenzordnung (§ 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO).
- vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in der nach § 287 Abs. 1 Satz 3 InsO abzugebenden Erklärung und im Vermögens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnis und der Vermögensübersicht (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).
- Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO).
- einer Obliegenheitsverletzung im Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist (§ 296 InsO).
- eines erst **nach** dem Schlusstermin oder **nach** Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297a InsO).